



Niederschrift

**über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 18/2003-2008 am
11.09.2006 im Ratssaal sowie im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses**

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.26 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Folker Brocks
Ausschussmitglied	Dietmar Bittner
Ausschussmitglied	Rotraut Bolte
Stellv. Ausschussmitglied	Elisabeth v. Bressendorf (für AM Kahle)
Stellv. Ausschussmitglied	Gerd Döring (für AM Rüster)
Ausschussmitglied	Edda Lessing
Ausschussmitglied	Dieter Pemöller
Stellv. Ausschussmitglied	Frank Rauen (für AM G. Schümann)
Ausschussmitglied	Carsten Schäfer
Ausschussmitglied	Joachim Süme, zugleich als Bürgervorsteher
seitens der Gemeindeverwaltung	Bürgermeister Volker Dornquast Jörn Mohr Bärbel Brix als Protokollführerin Annegret Horn (zu TOP 1 bis 3) Jens Richter (zu TOP 1 bis 3) Anja Riemer (zu TOP 1 bis 3)
entschuldigt fehlen	Dr. Dietmar Kahle Peter Rüster Jörg Schlömann Gerd Schümann

Die Beratung der Tagesordnungspunkte 1 bis 3 fand in gemeinsamer Sitzung mit dem Kultur- und Jugendausschuss statt. Die Anwesenheit dieser Ausschussmitglieder ergibt sich aus der Niederschrift über die Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses 16/2003-2008 am 11.09.2006.

Herr Wengler eröffnet die Sitzung beider Ausschüsse und begrüßt alle anwesenden Personen. Auf Antrag des Herrn Schäfer sind sich die Mitglieder des Kultur- und Jugendausschusses und des Finanz- und Wirtschaftsausschusses darin einig, dass die zu TOP 4 im Kultur- und Jugendausschuss und zu TOP 5 im Finanz- und Wirtschaftsausschuss anstehende

10. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der
Kindertageseinrichtungen in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg
und über die Erhebung einer Benutzungsgebühr
(Kindertageseinrichtungensatzung)

ebenfalls gemeinsam beraten wird. Die Tagesordnung wird entsprechend umgestellt:



Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Schulbaumaßnahme Grundschule Ulzburg-Süd**
- 3. 10. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und über die Erhebung einer Benutzungsgebühr (Kindertageseinrichtungensatzung)**
- 4. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 17/2003-2008 am 26.06.2006**
- 5. 2. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2006**
- 6. Satzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau und Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Ausbaubeitragsatzung - ABS 06 -)**
- 7. Berichtswesen**
 - Anhängige Gerichtsverfahren
 - Über- und außerplanmäßig geleistete Ausgaben des Haushaltsjahres 2006
- 8. Unterrichtungen / Anfragen**
- 9. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 10. Grundstücksangelegenheiten**

Hinsichtlich des Sitzungsablaufes wird festgelegt, dass nach Schluss des Tagesordnungspunktes 3 die gemeinsame Sitzung beendet und die Ausschüsse getrennt voneinander ihre jeweilige Sitzung fortsetzen. Zu diesem Zweck wechselt der Finanz- und Wirtschaftsausschuss in den Raum 1.22 des Rathauses.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Es werden keine Fragen durch Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Schulbaumaßnahme Grundschule Ulzburg-Süd“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses und des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eine Beratungsvorlage mit Anlagen zugegangen.



Herr Wengler ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet die Ausschussmitglieder, Fragen zu stellen.

Herr Oswald trägt vor, dass nach dem Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung die PPP-Variante einen Vorteil beinhalten könnte. Die Mitglieder der SPD Fraktion sprechen sich daher grundsätzlich für die Alternative 3 aus, jedoch nur unter der Bedingung, dass diese um den Bau eines Hausmeisterhauses erweitert wird.

Frau Brocks befürwortet die Umsetzung der Alternative 3 gemäß Vorlage, weil diese Finanzierung mit Sicht auf die kommenden 25 Jahre günstiger sei als die Beauftragung eines Generalübernehmers. Der PPP-Auftragnehmer hat mehr Interesse für die Qualität beim Bau des Gebäudes, weil er die Anlage langfristig unterhalten muss. Er ist als Dienstleister vor Ort und kann unter Umständen auch anderweitig für Servicearbeiten eingesetzt werden.

Auf Nachfrage durch Frau Lessing bestätigt Frau Brocks, dass die von ihr befürwortete Alternative 3 nicht den Bau eines Hausmeisterhauses enthält.

Frau Lessing bittet die Ausschussvorsitzenden, die Beschlussvorschläge der Verwaltung um Alternative 4 „Finanzierungsvariante PPP inklusive Bau eines Hausmeisterhauses oder einer Hausmeisterwohnung“ zu erweitern.

Herr Sprogö teilt mit, dass sich die FDP für die Alternative 3 - ohne Hausmeisterwohnung an der Schule - entschieden hat. Dieser Mischeffekt geht an der Idee eines PPP-Projektes vorbei.

Herr Ostwald bittet um Aufklärung, was in diesem Zusammenhang unter Mischeffekt zu verstehen ist und möchte wissen, ob die Dienstleistungen des Sekretariats ebenfalls außer Haus vergeben werden sollen. Herr Brocks entgegnet, dass er die Dienstleistungen eines Hausmeisters als privatisierungsfähig ansieht. Dagegen kann er für das Sekretariat derzeit keinen Bedarf erkennen.

Frau Lessing hält es für untragbar, dass gerade in einer Grundschule kein Hausmeister vor Ort ist. In aller Deutlichkeit spricht sie sich strikt dagegen aus, auf den Bau eines Hausmeisterhauses zu verzichten.

Nach Auffassung von Frau Hohn ist eine Sekretärin vor Ort annehmbar, jedoch ein Hausmeisterhaus nicht erforderlich. Es sei ausreichend, wenn der Hausmeister über Handy jederzeit erreichbar ist. Als Beispiel führt sie die Gemeinde Tangstedt an. Dort haben die Sportvereine einen Schlüssel erhalten, so dass ein Hausmeister nicht dringend benötigt wird.

Herr Schäfer zeigt sich erstaunt über das sich abzeichnende Meinungsbild. Die Mitglieder der WHU-Fraktion haben sich für die Alternative 1 entschieden. Die Finanzierungsform PPP gibt es noch nicht lange und ist in Schleswig-Holstein relativ neu. Es steht nicht fest, welche Erfahrungen mit derartigen Projekten gemacht worden sind und es ist in Frage zu stellen, ob ein Privater tatsächlich soviel besser ist.

Herr Sprogö sieht nicht die Notwendigkeit, ein Hausmeisterhaus zu bauen. Diese Dinge lassen sich im Rahmen der Finanzierungsvariante 3 regeln.



Herr Ostwald fragt, wie diese kommunalen Räume künftig genutzt werden sollen und ob eine derart gestaltete vertragliche Regelung dann noch als preisgünstig anzusehen ist. Er ist nach wie vor der festen Überzeugung, dass ein Hausmeister zur Schule gehört. Der Hausmeister ist eine Institution vor Ort und stellt einen Vorteil für die ortsansässigen Sportvereine dar. Diese Vorteile kann ein herbei gerufener Service nicht aufwiegen.

Die Ausschussmitglieder tauschen ihre Argumente hinsichtlich der Kern-, Anwesenheits- und Schulzeiten sowie über die Auslastung eines Hausmeisters aus. Dabei verweist Herr Wengler auf die begrenzte Nutzung der Schule und insbesondere der Schulräume.

Herr Süme erklärt, dass es nicht um das Geld an sich geht. Es geht um das Sammeln von Erfahrungen, wenn ein neues Betriebsmodell ausprobiert wird. In diesem Rahmen ist die Ausgestaltung der Hausmeistertätigkeit eine Frage des Leistungskatalogs.

Herr Ostwald distanziert sich. Er stellt fest, dass die Gemeinde kein Geld hat, um PPP-Finanzierungen auszuprobieren und Erfahrungen zu sammeln. Die Entscheidung der Mitglieder der SPD-Fraktion beruht darauf, dass die PPP-Finanzierung ein guter Weg sein könnte. Die Grundlagen dafür sind da.

Herr Bruhn, Herr Rauen und Herr Brocks erörtern die Frage nach der Darstellung der Ausgaben im Gemeindehaushalt.

Frau Marquis äußert Zweifel wegen der langfristigen Verbindlichkeit des Vertrages. Es sind durchaus auch negative Erfahrungen mit dem Privaten möglich. Auf Nachfrage erläutert Bürgermeister Dornquast, dass Nachträge zu bestehenden Verträgen schwierig und meistens teuer sind. Insofern sollten bereits in der Ausschreibung entsprechende Öffnungsklauseln festgelegt werden.

Frau Brocks merkt an, dass man eine optimale Trennung von Schule und sonstigen Aktivitäten anstrebt und in der außerschulischen Nutzung nicht so flexibel sein möchte wie bei anderen Schulen. Die Nutzung der Sportanlagen durch die Sportvereine sei selbstverständlich, ansonsten sollte keine außerschulische Nutzung zugelassen werden.

Gemeindevertreterin Frau Honerlah entgegnet, dass sehr wohl andere Kreise einzubeziehen sind. Als Beispiel nennt sie die Kreismusikschule, deren Unterricht dort gut möglich sei. Die Volkshochschule hätte auch schon angefragt, ob sie den Mehrzweckraum für ihre Unterrichtszwecke nutzen könnte. Frau Honerlah stellt fest, dass die Schule ihre Kernzeit am Vormittag hat und die Nutzung des Mehrzweckraumes in den Abendstunden wohl annehmbar sei. Die Sporthallen würden auch durch die Sportvereine benutzt werden, insoweit hat der Hausmeister eine wichtige Funktion.

Bürgermeister Dornquast weist daraufhin, dass das Aufgabenfeld des Hausmeisters nichts mit der Finanzierung des Bauvorhabens Grundschule Ulzburg-Süd zu tun hat. Er schlägt vor, die Diskussion über ein Nutzungskonzept für die neue Schule in der nächsten Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses zu vertiefen.

Beschluss:

Alternative 1:

Die Ausschüsse sprechen sich für die Finanzierungsvariante „KBV“ durch einen General-



übernehmer aus. Ein Hausmeisterhaus wird bei den Planungen berücksichtigt.

Beschlussfassung:

**1 Stimme dafür (Schäfer)
1 Enthaltung (Lessing)
8 Gegenstimmen**

Beschluss:

Alternative 2:

Die Ausschüsse sprechen sich für die Finanzierungsvariante „KBV“ durch einen Generalübernehmer aus. Ein Hausmeisterhaus wird bei den Planungen nicht berücksichtigt.

Beschlussfassung:

Einstimmig abgelehnt

Beschluss:

Alternative 3:

Die Ausschüsse sprechen sich für die Finanzierungsvariante „PPP“ aus.

Beschlussfassung:

**6 Stimmen dafür
4 Gegenstimmen (Bittner, Lessing, Peemöller, Schäfer)**

Beschluss:

Alternative 4:

Die Ausschüsse sprechen sich für die Finanzierungsvariante „PPP“ aus. Ein Hausmeisterhaus bzw. –wohnung wird bei den Planungen berücksichtigt.

Beschlussfassung:

**3 Stimmen dafür (Bittner, Lessing, Pemöller)
7 Gegenstimmen**

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„10. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und über die Erhebung einer Benutzungsgebühr (Kindertageseinrichtungensatzung)“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses und des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eine Beratungsvorlage und der Entwurf der 10. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und über die Erhebung einer Benutzungsgebühr (Kindertageseinrichtungensatzung) zugegangen, die durch Bürgermeister Dornquast ergänzend erläutert wird.

Hinsichtlich der zur Beschlussfassung anstehenden Satzungsänderungen geht er insbesondere auf die aus Sicht der Verwaltung notwendige Anpassung der Benutzungsgebühren und die zusätzlich geschaffenen Möglichkeiten einer flexibleren Betreuungszeit ein.



Frau Hohn sieht noch Beratungsbedarf in der CDU-Fraktion.

Herr Ostwald teilt mit, dass die SPD-Fraktion der Erhöhung der Benutzungsgebühren aus politischen Gründen nicht zustimmen wird. Das Risiko, einen Prüfvermerk des Kreises Segeberg wegen Nichterreichens der 40%igen Elternbeteiligung zu bekommen, würde in Kauf genommen.

Herr Schäfer sieht für die WHU-Fraktion ebenfalls noch Beratungsbedarf. Die WHU bittet zudem um Vorlage von Vergleichszahlen zu den erhobenen Benutzungsgebühren aus den Orten Kaltenkirchen, Bad Bramstedt, Norderstedt und Quickborn. Die Zahlen sind der Niederschrift beigelegt.

Frau Marquis ist der Ansicht, dass der Kindergartenbeirat möglichst vor Beschlussfassung des Fachausschusses über die Änderung beraten sollte. Bürgermeister Dornquast teilt mit, dass sich der Kindergartenbeirat in Kürze konstituiert und dann über die Satzungsänderungen beraten wird.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, den Tagesordnungspunkt zunächst in den Fraktionen zu beraten. Der Kultur- und Jugendausschuss will in seiner Sitzung am 9.10.2006 einen Beschluss fassen. Die nächste Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses findet am 30.10.2006 statt.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss begibt sich danach zu seiner weiteren Tagung in den Sitzungsraum 1.22.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 17/2003-2008 am 26.06.2006“

Die Ausschussmitglieder erheben keine Einwendungen gegen die Niederschrift. Die Niederschrift über die Sitzung 17/2003-2008 am 26.06.2006 ist somit genehmigt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„2. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2006“

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Ausschussmitglieder die 2. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2006 mit allen Bestandteilen und Anlagen nebst Beratungsvorlage erhalten. Darüber hinaus liegt den Mitgliedern ein Vermerk zum 2. Nachtragshaushalt 2006 – hier: Sanierung des Regen- und Schmutzwasserkanalnetzes – vor. Dieser Vermerk ist der Anlage beigelegt.

Bürgermeister Dornquast informiert die Ausschussmitglieder über eine versehentliche Fehlveranschlagung im Bereich der Sanierung des Regen- und Schmutzwasserkanalnetzes und bittet, das Versehen zu entschuldigen und für die Bereinigung der Angelegenheit eine entsprechende überplanmäßige Ausgabe bei der Beschlussfassung über den 2. Nachtragshaushalt 2006 zu berücksichtigen.



Bürgermeister Dornquast stellt den 2. Nachtragshaushalt 2006 vor und erläutert die wesentlichen Änderungen anhand des Vorberichts.

Zu den Konzessionsabgaben berichtet Bürgermeister Dornquast, dass die Energieversorger auf Anregung der Kommunen eine Neuberechnung für die Sonderverträge angekündigt haben. Der Konzessionsabgabensatz aus Sonderverträgen liegt unter dem der Kleinverbraucher- und sonstigen allgemeinen Tarife. Zum 01.01.2007 sollen die zugeordneten Kategorien je Einzelvertrag überarbeitet werden.

Bürgermeister Dornquast erläutert die unvorhergesehen Mehrkosten beim Bauprojekt zur Einrichtung einer Ganztagschule in der Schule am Beckersberg und informiert die Mitglieder über den Verfahrensstand für das Bauprojekt Grundschule Ulzburg-Süd. Er geht auf die Verschiebung der Bebauungspläne Nr. 107 „Westlich Große Lohe“ und Nr. 115 „Südlich Schulstraße/Westlich Wismarer Straße“ ein und berichtet über die letzten zu schließenden Verträge aus dem Verkehrsprojekt „Zweigleisige Schienenverbindung in Tieflage“.

Anschließend arbeiten die Ausschussmitglieder den 2. Nachtragshaushaltsplan 2006 seitenweise ab und stellen Fragen zu den Veranschlagungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt.

Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus befürwortet Frau Lessing die Anpassung der Ausgabengruppen 50 „Bauliche Unterhaltung“ und 51 „Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens“. Zur Ausgabengruppe 54 „Bewirtschaftungskosten“ merkt sie an, dass die pauschal beschlossenen Kürzungen zum Haushalt 2006 zwecklos waren. Sie hält derartige Beschlüsse nach haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten für unseriös. Weiterhin fragt sie nach, ob es das vor längerer Zeit beschlossene 50/50 Modell noch angeboten wird als Anreiz, Energie zu sparen.

Bürgermeister Dornquast weist darauf hin, dass dies nochmals mit der Schule besprochen und mit der Schulleitung verhandelt werden muss. Letztendlich sind die Lehrer vor Ort diejenigen, die so ein Projekt gemeinsam mit den Schülern umsetzen müssen.

Herr Brocks, Frau von Bressendorf und Herr Süme schlagen vor, die Angelegenheit nochmals aufzugreifen.

Frau Bolte fragt, für wieviele schulunfähige Kinder Kostenersatz an Kindertagesstätten geleistet wird.

Anmerkung der Verwaltung:

<i>Grundschule Ulzburg</i>	<i>3 Kinder</i>
<i>Grundschule Rhen</i>	<i>3 Kinder</i>
<i>Schule am Beckersberg</i>	<i>4 Kinder</i>

In Sachen Schülerbeförderung weist Bürgermeister Dornquast darauf hin, dass einige Buslinien in Henstedt-Ulzburg fahren, deren Kosten erstattungsfähig sind. Diese Kosten sind bisher aufgrund alter Vereinbarungen zwischen den Gemeinden und dem Kreis nicht berechnet worden. Mittlerweile entsprechen diese alten Vereinbarungen nicht mehr den rechtlichen Vorgaben und die Gemeinde muss künftig mit erheblichen Zahlungen rechnen.



Diese finanziellen Belastungen wirken sich auch auf die Schulzeiten aus, die nicht mehr – ohne möglicherweise Mehrkosten zu verursachen - von der Schulleitung frei gewählt oder geändert werden können.

Anschließend nimmt die Diskussion um die Anschaffung eines Kleintraktors in der Grundschule Ulzburg größeren Raum ein. Bürgermeister Dornquast erläutert die Notwendigkeit einer derartigen Anschaffung. Frau Lessing, Frau Honerlah und Herr Pemöller teilen seine Auffassung und tragen weitere Argumente vor. Herr Süme und Herr Rauen hingegen halten eine Anschaffung zum gegenwärtigen Zeitpunkt für falsch, weil das Gesamtkonzept für die Hausmeisterdienste vor dem Hintergrund einer Privatisierung noch nicht vorliegt.

Es wird eine Sitzungsunterbrechung nach Schluss der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt beantragt.

Die Mitglieder sind sich einig darin, dass die zur Erhaltung der Götzberger Mühle eingestellten Zuschüsse vorbehaltlich der Beschlussfassung im Kultur- und Jugendausschuss im 2. Nachtragshaushaltsplan 2006 Berücksichtigung finden. Gleiches gilt für den veranschlagten Betrag bei Haushaltsstelle 56000.9611 für die Beleuchtung der Rasenspielfelder.

Die Sitzung wird um 20.03 Uhr für 10 Minuten unterbrochen.

Herr Süme trägt vor, dass es selbstverständlich sei, dass der Hausmeister über vernünftiges Arbeitsgerät verfügen muss. Er schlägt vor, einen Kleintraktor zu leasen oder ein gebrauchtes Gerät für die nächsten Jahre anzuschaffen. Er bittet die Verwaltung, eine entsprechende Vergleichsrechnung aufzustellen. Ziel ist, den größtmöglichen Entscheidungsfreiraum hinsichtlich der Privatisierung von technischen Dienstleistungen zum Zeitpunkt der Vorlage des Gesamtkonzeptes für die Hausmeisterdienste zu erhalten.

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die 2. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2006 gemäß Vorlage und unter Berücksichtigung vorstehend beratener Änderungen zu beschließen. Für die Sanierung der Schmutz- und Regenwasserkanalisation werden überplanmäßige Ausgaben gemäß des beigefügten Vermerks zum 2. Nachtragshaushalt 2006 vom 11.09.2006 bewilligt.

Beschlussfassung:

Einstimmig

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„Satzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau und Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Ausbaubeitragssatzung - ABS 06 -)“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eine Beratungsvorlage einschließlich Satzung der Gemeinde Henstedt-



Ulzburg über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau und Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Ausbaubeitragsatzung - ABS 06 -) mit Anlagen zugegangen.

Bürgermeister Dornquast erläutert die zur Beratung anstehende Satzung. Der Satzungsentwurf entspricht der Mustersatzung der kommunalen Landesverbände und beinhaltet die aktuelle Rechtslage und Rechtsprechung zum Ausbaubeitragsrecht. Er geht insbesondere auf die Abweichungen der hier vorgelegten Satzung zum Satzungsmuster ein.

Die rückwirkende Geltung der Satzungsänderung ist notwendig, damit keine satzungsfreie Zeit entsteht.

Frau Honerlah schlägt vor, künftig Änderungen in Form einer Synopse, d.h. vergleichenden Gegenüberstellung verschiedener Texte, darzustellen.

Beschluss: Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Neufassung der Satzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau und Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Ausbaubeitragsatzung - ABS 06 -) entsprechend dem vorgelegten Entwurf zu beschließen.

Beschlussfassung: Einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

„Berichtswesen

- **Anhängige Gerichtsverfahren**
- **Über- und außerplanmäßig geleistete Ausgaben des Haushaltsjahres 2006“**

Bürgermeister Dornquast stellt die Berichte über anhängige Gerichtsverfahren 4/08/2006 und 1/03/2006 sowie den Bericht Nr. 01/04/2006 hinsichtlich über- und außerplanmäßig geleisteter Ausgaben des Haushaltsjahres 2006 vor.

Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses nehmen die Berichte zur Kenntnis.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

„Unterrichtungen / Anfragen“

Bürgermeister Dornquast informiert die Ausschussmitglieder über den Eingang des Haushaltserlasses 2007.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“



Es werden keine Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.
Ausschussvorsitzender Herr Brocks schließt die Öffentlichkeit für den folgenden Tagesordnungspunkt aus, weil es sich um eine vertrauliche Angelegenheit handelt.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:
„Grundstücksangelegenheiten“

Die Niederschrift für diesen Tagesordnungspunkt ist in der Anlage beigefügt. Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Im Anschluss an die Beratung und Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 10 stellt Ausschussvorsitzender Herr Brocks die Öffentlichkeit wieder her und gibt den Beschluss bekannt.

gez. Folker Brocks
(Ausschussvorsitzender)

gez. Bärbel Brix
(Protokollführerin)

gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)

Anlagen

1. Vermerk

2. Nachtragshaushalt 2006

hier: Sanierung des Regen- und Schmutzwasserkanalnetzes

Im Ursprungshaushalt für das Jahr 2006 sind für die Umsetzung von Maßnahmen zur Sanierung des gemeindlichen Regen- und Schmutzwasserkanalnetzes folgende Haushaltsansätze gebildet worden:

- Sanierung des Schmutzwasserkanalnetzes (Hhst. 70000.9612) = 369.100,00 €
- Sanierung des Regenwasserkanalnetzes (Hhst. 70010.9612) = 729.300,00 €

Mit dem 1. Nachtragshaushalt 2006 sind die vorgenannten Haushaltsausgabenansätze aufgrund der konkreten Maßnahmenplanung für die einzelnen Sanierungsbereiche, die im Jahr 2006 beauftragt und abgeschlossen werden sollen, in ihrer Höhe um insgesamt 400.000,00 € reduziert und wie folgt korrigiert worden:

- Sanierung des Schmutzwasserkanalnetzes (Hhst. 70000.9612) = 269.100,00 €
- Sanierung des Regenwasserkanalnetzes (Hhst. 70010.9612) = 429.300,00 €

Dementsprechende Aufträge sind bereits erteilt worden bzw. sollen demnächst erteilt werden. Es handelt sich hierbei u.a. um die Kanalsanierung in der Klein-Sabiner-Straße und die Verlegung einer Regenwasser-Druckrohrleitung im Bereich südlich der Straße Am Bahnbogen/westlich der AKN-Trasse.

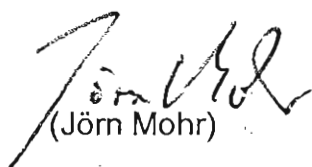
Im Zuge der Entwurfsplanung zur Aufstellung des 2. Nachtragshaushalts 2006 sind für die Sanierung des Schmutz- und Regenwasserkanalnetzes jedoch versehentlich die Haushaltsansätze aus dem Investitionsplan für das Haushaltsjahr 2005 übernommen worden, die sich daher nunmehr wie folgt darstellen:

- Sanierung des Schmutzwasserkanalnetzes (Hhst. 70000.9612) = 182.900,00 €
- Sanierung des Regenwasserkanalnetzes (Hhst. 70010.9612) = 307.200,00 €

Die Differenz der Haushaltsansätze zwischen dem 2. und dem 1. Nachtragshaushalt 2006 beläuft sich somit auf insgesamt **208.300,00 €**. Da diese Mittel jedoch für die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen in 2006 benötigt werden, wird vorgeschlagen, bei den Haushaltsstellen 70000.9612 und 70010.9612 entsprechende überplanmäßige Ausgaben zuzulassen und dies bei der Beschlussfassung der gemeindlichen Gremien zum 2. Nachtragshaushalt 2006 zu berücksichtigen.

2. Bürgermeister Dornquast zur Kenntnisnahme

3. An die Damen und Herren des Finanz- und Wirtschaftsausschusses als ergänzende Beratungsunterlage zu TOP 4 für die Sitzung 18/2003-2008 am 11. September 2006


(Jörn Mohr)

Kostentabelle auswärtige Kindergärten
Stand 01.09.2006

	Stadt Bad Bramstedt	Stadt Norderstedt	Stadt Kalten- kirchen	Stadt Quickborn	Gemeinde Nahe
Ganztagsbetreuung	224,00 €	230,00 €	208,00 €	268,00 €	205,00 € (10 Std. tgl.) 245,00 € (7Std. tgl.)
Vormittagsbetreuung bis 12.00 Uhr	108,00 €	Betreuung von }08.00 -13.00 Uhr	125,00 €	134,00 €	wird nicht angeboten
verlängerte Vormittagsbetreuung bis 13.00 Uhr	128,00 €	138,00 €	143,00 €	166,00 €	133,00 € (8.00 – 13.00 Uhr) 147,00 € (7.00 – 13.00 Uhr)
verlängerte Vormittagsbetreuung bis 14.00 Uhr	139,00 €	wird nicht angeboten	163,00 €	189,00 €	162,00 € (7.00 – 14.00 Uhr) 147,00 € (8.00 – 14.00 Uhr)
verlängerte Vormittagsbetreuung bis 15.00 Uhr	wird nicht angeboten	ab 13.00 Uhr Ganztags- betreuung	ab 14.00 Uhr Ganztags- betreuung	ab 14.00 Uhr Ganztags- betreuung	wird nicht angeboten
4x ganztags/1 x vorm.	wird nicht angeboten	wird nicht angeboten	wird nicht angeboten	wird nicht angeboten	196,00 €
3x ganztags/2 x vorm.	wird nicht angeboten	wird nicht angeboten	wird nicht angeboten	wird nicht angeboten	188,00 €
Nachmittagsbetreu- ung 5 x wöchentlich	108,00 €	76,00 €	109,00 €	134,00 €	wird nicht angeboten
Nachmittags- betreuung 3 x wö.	wird nicht angeboten	wird nicht angeboten	75,00 €	81,00 €	wird nicht angeboten
Krippenbetreuung	224,00 €	230,00 €	215,00 €	350,00 €	295,00 € (10 Std. tgl.) 245,00 € (7 Std. tgl.)
Hortbetreuung	168,00 €	230,00 €	154,00 €	171,00 €	60,00 € (10 Std. wö.) 90,00 € (15 Std. wö.) 120,00 € (20 Std. wö.) 150,00 € (25 Std. wö.)
%-uale Beteiligung der Erziehungs- berechtigten an den Kosten eines Kindergartenplatzes	zwischen 30 % - 35 %	zwischen 19 % - 22 %	pauschal 40 %	zwischen 30 % - 40 %	ca. 32 %